



Bundesverband Freier
Immobilien- und Wohnungs-
unternehmen

BFW-PRESSEMITTEILUNG

BFW: „Dynamisierung des Wohngelds ist richtiger Schritt – jetzt muss der nächste folgen!“

Berlin, 8. Mai 2019. „Es ist ein erster wichtiger Schritt, dass die Bundesregierung heute eine regelmäßige Anpassung des Wohngelds beschlossen und somit Menschen mit niedrigen Einkommen entlasten möchte. Und es ist gut, dass die Argumente der mittelständischen Immobilienwirtschaft für eine Dynamisierung Gehör gefunden haben. Denn nur so kann das Risiko verringert werden, dass Bedürftige ihren Wohngeldanspruch verlieren und in die Grundsicherung fallen“, sagte Andreas Ibel, Präsident des BFW Bundesverbandes Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen, heute in Berlin.

Das Bundeskabinett hatte zuvor beschlossen, dass das Wohngeld ab dem 1. Januar 2022 alle zwei Jahre an die Bestandsmieten- und Einkommensentwicklung angepasst werden. Zudem wird das Wohngeld ab dem 1. Januar 2020 erhöht. Der durchschnittliche staatliche Mietzuschuss für einen Zwei-Personen-Haushalt demnach von 145 Euro auf 190 Euro im Monat steigen.

Energetische Sanierung darf Wohngeldempfänger nicht belasten

Dennoch sei Nachbesserung im parlamentarischen Verfahren nötig, so Ibel: „Wir brauchen zudem eine Klimakomponente, um Mietaufschläge aufgrund einer energetischen Sanierung abzufedern. Deshalb müssen Heiz- und Energiekosten bei der Berechnung des Wohngelds extra berechnet werden. Wenn die Bundesregierung ihr Klimaschutzziele bis 2030 erreichen will, müssen in den kommenden Jahren tausende Häuser saniert und Heizungen modernisiert werden. Daher sollten auch die Heizkosten- und Energiekostenkomponenten dynamisch geregelt sein. Das darf nicht auf dem Rücken der Wohngeldempfänger ausgetragen werden!“

Dem BFW Bundesverband Freier Immobilien- und Wohnungsunternehmen als Interessenvertreter der mittelständischen Immobilienwirtschaft gehören derzeit rund 1.600 Mitgliedsunternehmen an. Als Spitzenverband wird der BFW von Landesparlamenten und Bundestag bei branchenrelevanten Gesetzgebungsverfahren angehört. Die Mitgliedsunternehmen stehen für 50 Prozent des Wohnungs- und 30 Prozent des Gewerboneubaus. Sie prägen damit entscheidend die derzeitigen und die zukünftigen Lebens- und Arbeitsbedingungen in Deutschland. Mit einem Wohnungsbestand von 3,1 Millionen Wohnungen verwalten sie einen Anteil von mehr als 14 Prozent

Französische Straße 55
10117 Berlin
Tel.: 030 32781-110
Fax: 030 32781-299

www.bfw-bund.de

Pressekontakt:
Marion Hoppen
Pressesprecherin

marion.hoppen@bfw-bund.de



Bundesverband Freier
Immobilien- und Wohnungs-
unternehmen

des gesamten vermieteten Wohnungsbestandes in der Bundesrepublik. Zudem verwalten die Mitgliedsunternehmen Gewerberäume von ca. 38 Millionen Quadratmetern Nutzfläche.

Französische Straße 55
10117 Berlin
Tel.: 030 32781-110
Fax: 030 32781-299

www.bfw-bund.de

Pressekontakt:
Marion Hoppen
Pressesprecherin

marion.hoppen@bfw-bund.de